

GEMEINDE

PLANET

GRÜNE ASCHACH/DONAU

Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt
NR. OKTOBER 2017
RM Wahlen 17A041164 E / Verlagsort 4082 Aschach

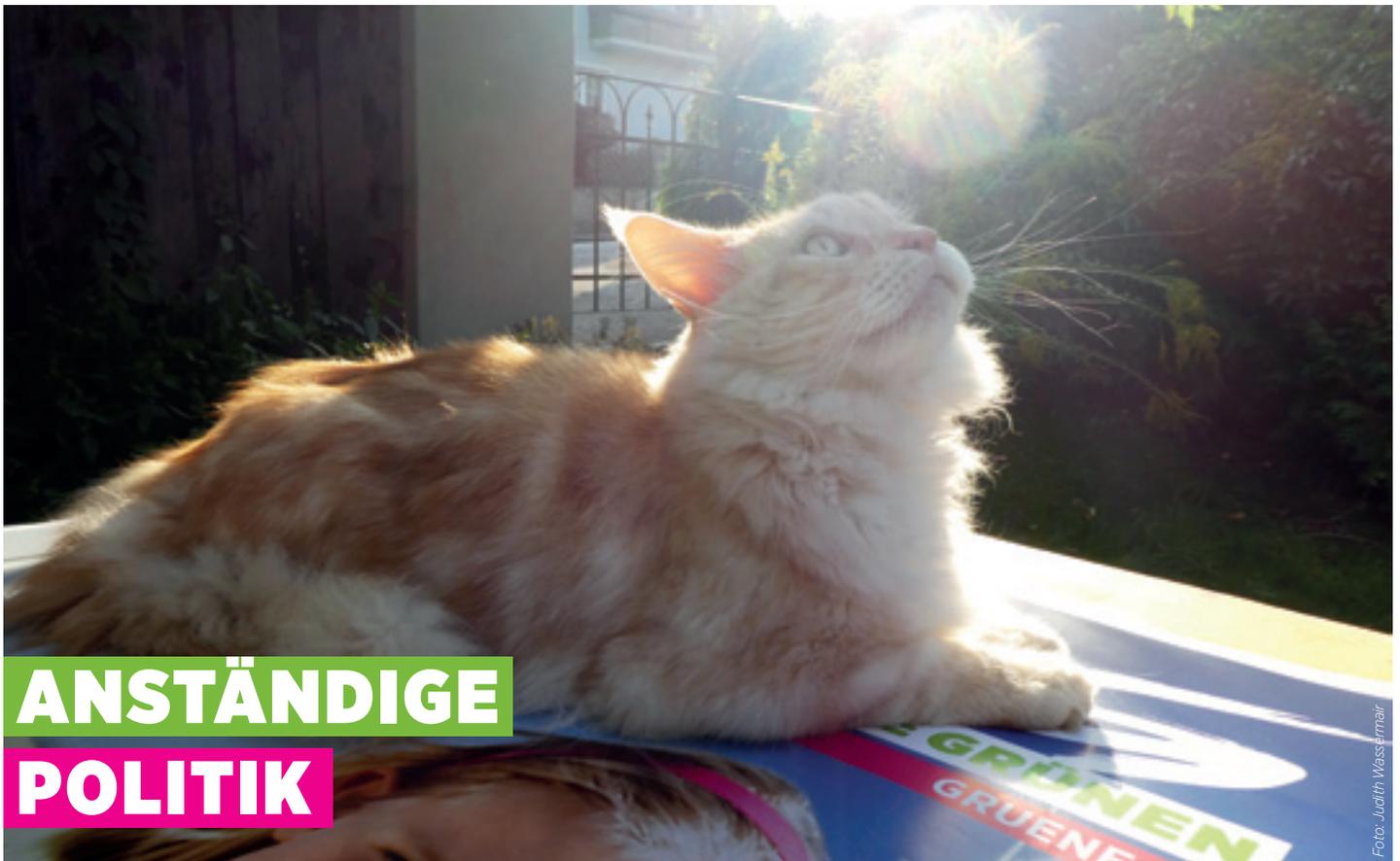


Foto: Judith Wassermair

ANSTÄNDIGE POLITIK

„Ist ‚anständig‘ nicht etwas altmodisch“, wurde mir entgegnet, als ich sagte, dass ich als Leitthema dieser Ausgabe „anständige Politik“ wählen wolle. Passt denn anständig nicht mehr in die heutige Politik? Ist Anstand verstaubt und altmodisch? Heute geht es anscheinend tatsächlich nicht mehr so darum, ob man sich bemüht, Fragen, die das gemeinschaftliche Leben aufwirft, von den verschiedenen Standpunkten, die Parteien naturgemäß haben, zu beleuchten und seinem Gegenüber die Chance zu geben, seine Meinung zu vertreten. Sondern es geht darum, wie bei einem Schachspiel, den „Partner“ mit gefinkelten Zügen im Unklaren zu lassen, einen Stellungskrieg zu führen und schließlich strahlend schachmatt zu setzen.

Ich verwende das Wort Anstand heute bewusst und auch mit einem gewissen

Stolz, denn für mich sind Offenheit, eine klare Linie verfolgen und beim Wort bleiben Werte, die ich für unumgänglich halte. Das würde für jede Ebene – von der kommunalen bis zur Bundesebene – nötig sein, um sich halbwegs vertrauen zu können. Wir haben vor einigen Monaten erlebt, dass sich bei der ÖVP nicht die Konsenssuchenden Personen durchgesetzt haben, sondern kurzerhand Neuwahlen erzwungen werden konnten. Die Regierungsarbeit bleibt unerledigt, die Politikerbezüge aufrecht. Die Zeit wird nichts Besseres bringen, soviel getraue ich mich vorauszusagen.

Wir haben nun eine Wahl vor uns, deren Ausgang wie selten zuvor das Zusammenleben in unserem Land beeinflussen wird und entscheidet, ob ein Miteinander oder ein gegeneinander Ausspielen von Personengruppen folgt.

Die Grünen haben – im Gegensatz zu manch anderer Partei – interne Meinungsunterschiede öffentlich diskutiert. Wenn man eine Partei wählen möchte, die taktiert, braucht man die Grünen nicht anzukreuzen. Wenn man eine Partei (und keine Einzelpersonen) stärken möchte, die sich konsequent und verlässlich für Klimaschutz, Kor-



ruptionsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit einsetzt, dann ist die Stimme für die Grünen richtig.

Judith Wassermair

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
Nationalratswahl 2017 17A041164 E



EIN WIRKLICHES PROBLEM: KORRUPTION

Korruption schadet massiv: wirtschaftlich, gesellschaftlich und demokratiepolitisch – Milliarden Schäden, allgemeiner Regelverfall durch leistungsfeindliches in die eigene Tasche-Wirtschaften und demokratie-feindlicher Vertrauensverlust in die Politik. Österreich war leider Negativ-Spitze in Korruptions-Rankings: BUWOG bis Telekom, von Blaulichtfunk bis ÖBB-Inseratenschaltung und von Staatsbürgerschafts Kauf bis zur Glücksspielgesetzgebung mit Verwicklung von PolitikerInnen und Staatsmanager samt täglicher Unschuldsumutung. Schwarzbauorange führte in den Sumpf, der jetzt mühsam aufgearbeitet wird. BZÖ, ÖVP und FPÖ kassierten für Wahlkampf und Parteizeitung von der Telekom; die SPÖ erkaufte sich per Zwangs-Inseraten von Asfinag und ÖBB die Gunst von Boulevard-Medien; ÖVP Vereine versandten Serienbriefe mit Bitten um Druckkostenbeiträge; ÖVP-Figuren wie Strasser oder Mensdorff-Pouilly nahmen „mehr Privat, weniger Staat“ auch wörtlich.

Aber auch in jeder Gemeinde bilden Kontrolle und Transparenz das Rückgrat einer soliden Finanzpolitik und die Basis des Vertrauens der WählerInnen, der Freunderlwirtschaft muss der Garas gemacht werden.

Viel zu tun für uns Grüne als Oppositions- und Aufdeckpartei mit sauberen Händen – aber weder als Partei noch als erfolgreiche Aufdeckerin kann man über diese Abgründe und die resultierende Politikverdrossenheit froh werden. Denn zu groß ist der demokratiepolitische Flurschaden und Kahlschlag durch die Hinnahme von Korruption! Zu sehr wird von den Korruptionskreisen an den Grundfesten des republikanischen Parteiengefüges gegraben! Umso wichtiger ist schonungsloses Aufdecken, Wiedergutmachen und ein Neustart mit Generalreformen.



Wir brauchen dringend politische Konsequenzen, um aus den Korruptionssumpf wieder Vertrauen in die Politik wachsen zu lassen: mehr Kontrollrechte für GemeinderätInnen, Parlament und Rechnungshof, Aufsichtsräte mit Kontroll-Biss, gläserne Parteikassen und Abgeordneten-Einkünfte, Anführungsverbot, Verschärfung des Korruptionsstrafrechts, transparente Medienfinanzierung, Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht. All das haben wir Grüne im Parlament beantragt, die lange Bank muss von raschen Beschlüssen abgelöst werden.

■ Gabriela Moser

MEHR FAKTEN, WENIGER SLOGANS.

Es gibt einen stillen Kampf zwischen der sozialen Marktwirtschaft und einem neoliberalen Kapitalismus und wir werden ihn verlieren, wenn wir nicht die Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit führen.

Es gibt zwei Arten von Einkünften: Die aus Arbeit und die aus Kapital. Kapitaleinkünfte sind Einkommen aus Zinsen, Ausschüttungen und Mieterträgen. Im Durchschnitt bekommt jeder österreichische Haushalt 200 Euro jährlich aus Kapitalerträgen, wobei aber das reichste Prozent der Haushalte mehr als 8000 Euro monatlich durch ihr Vermögen einnimmt.

Es kann nicht sein, dass Menschen, die arbeiten, besteuert werden, während die Menschen, für die ihr Geld arbeitet, kaum einen Beitrag leisten müssen.

Wenn wir die Vermögensverteilung ansehen, stellen wir fest, dass 50% der Bevölkerung nicht einmal 5% des Vermögens besitzen. Die reichsten 10 Prozent haben hingegen insgesamt über zwei Drittel (69%) der gesamten Haushaltsvermögen.

Hier kann man bei der Forderung nach vermögensbezogenen Steuern wirklich nicht mehr von einer Neiddebatte reden. Im Gegenteil: Es ist längst notwendig, dass wir in Österreich eine Gierdebatte führen.

ZUR PERSON

JOHANNES WASSERMAIR
Student der Technischen Physik
Gemeinderat in Aschach/Donau
Bezirkssprecher Eferding



FÜR EIN SOZIAL GERECHTES ÖSTERREICH

Neben meiner tiefen Verankerung in den Grünen Grundwerten – angefangen von der Basisdemokratie und dem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, über den Kampf um die Gleichberechtigung bis zum Schutz unseres Ökosystems – sind mir in meinem persönlichen politischen Handeln vor allem zwei Punkte ein besonderes Anliegen:

Die Wissenschaft braucht die Gesellschaft, die Gesellschaft braucht die Wissenschaft.

Viele haben, wenn sie an wissenschaftlichen Fortschritt denken, das Bild eines genialen Gedankens vor Augen, der, wenn er einmal einem Geist entsprungen ist, unaufhaltsam und mühelos die Welt verändert. So einfach ist es aber nicht, vielmehr braucht es eine Gesellschaft, die bereit ist, in die Idee zu investieren und die nötige Infrastruktur aufzubauen.

Wie sich beispielsweise an der Mobiltelefonie zeigen lässt: Das Handy scheint an sich ein beeindruckendes technisches Produkt zu sein. Die zentrale Idee dahinter ist jedoch das Funkzellenmodell, das heißt, dass in regelmäßigen Abständen Sendemasten stehen und das Mobiltelefon nahtlos vom einen zum anderen Funkmast wechseln kann. Es handelt sich demnach im Wesentlichen um eine Frage

der Infrastruktur. Oft können sich neue Technologien nur dann durchsetzen, wenn die nötige Infrastruktur zur Verfügung steht. Das Gleiche erleben wir gerade bei der Elektromobilität mit den Elektro-Tankstellen. Gerade für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass die Errichtung technischer Infrastruktur flächendeckend geschieht und nicht nur in den Städten, wo es die hohe Kundendichte aus marktwirtschaftlicher Sicht am rentabelsten erscheinen lässt. Wissenschaft, Knowhow und nicht zuletzt auch der hohe Standard unserer technischen Infrastruktur sind wichtige Ressourcen unseres Landes. An dieser Stelle strategisch zu investieren, ist Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstandes.

Geld ist Macht und Macht muss beschränkt werden.

Artikel 7. (1) Bundes-Verfassungsgesetz: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen...“ Aber leider nur in der Theorie. In der Praxis besteht sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Rechtsprechung ein Unterschied in der Möglichkeit politische Prozesse zu beeinflussen oder den Rechtsweg zu beschreiten und dieser Unterschied

liegt im Vermögen. Wir haben uns in ganz Europa daran gewöhnt, dass sich Milliardäre in die Politik einkaufen. Dass Großunternehmen über Lobbyisten Politik machen. Dass sie sich über „legale“ Steuerschlupflöcher vor ihrem Beitrag für die Allgemeinheit drücken und sich dabei auch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber klein- und mittelständischen Unternehmen verschaffen. Wenn wir unsere Demokratie ernst nehmen, dürfen wir uns daran nicht gewöhnen. Das Ganze ist auch nicht nur ein Thema für jungen Idealismus oder die große Politik. Ich konnte die letzten Jahre in der Lokalpolitik sehen, wie schwer es für einzelne Personen oder Bürgerinitiativen ist, ihre Rechte gegen Unternehmen, die sich ganze Anwaltsbüros leisten können, einzuklagen. Was also tun?

Bei der Politik gilt es, mehr Transparenz zu schaffen. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft, die zumindest im Prinzip dafür Sorge tragen soll, dass der Wohlstand, der in Österreich geschaffen wird, auch allen zugutekommt. Zunehmend wird aber diese soziale Marktwirtschaft von einem aggressiven neoliberalen Kapitalismus unterwandert.

Dies geschieht zum Teil auch unter dem Deckmantel der Migrationsdebatte, wie erst vor kurzen bei der Kürzung der Mindestsicherung. Es sind mit Sicherheit nicht die Interessen der Arbeiter/innen und der Angestellten, die hier vertreten werden, wenn Menschen auf diese Art und Weise in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Man muss die Frage stellen, für wen hier eigentlich Politik gemacht wird. Bei der Rechtsprechung müssen wir den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen zu können. Ein positives Beispiel liefert der Verein des Grünen Parlamentsklubs, der Bürgerinitiativen finanzielle Unterstützung bei Rechtsstreitigkeiten bietet. Der Aushöhlung von Interessenvertretungen (Umweltanwaltschaft, Arbeiterkammer) muss entgegengetreten werden.

■ Johannes Wassermair

MITMENSCHEN. NICHT DAGEGEN.

DAS IST GRÜN.

Die kommende Nationalratswahl ist eine Richtungsentscheidung. Schon jetzt ist glasklar: Nur gemeinsam können wir an einer guten Zukunft arbeiten – für alle Menschen in Österreich. Wir geben unsere Haltung zu Grund- und Menschenrechten nicht bei der Garderobe ab. Wir stehen für das Miteinander in unserer Gesellschaft ein, mit Vernunft und Verstand. Das ist Grün.

Wir stehen für das Miteinander

Europa ist das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten. Nur vereint sind wir stark gegen die Klimakrise, gegen Steuerbetrug und bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. Das Ziel muss ein sozialeres, demokratischeres und ökologischeres Europa sein – mit Österreich als Wegweiser.

Wir Grünen arbeiten seit unserer Gründung daran, die Schere zwischen Reich und Arm zu schließen. Wir fordern eine Solidarabgabe der reichsten zehn Prozent unseres Landes in Form einer Erbschafts- und Schenkungssteuer. Damit lässt sich eine gute Zukunft mit menschenwürdiger Pflege und einem



Fotos: Die Grünen OÖ (2)

Ulrike Lunacek – mit Vernunft, Verstand und Menschlichkeit

ausfinanzierten Bildungssystem gestalten. Die wunderschöne, österreichische Natur braucht BeschützerInnen. Wir Grüne tun das – seit Jahrzehnten. Daher sagen wir: Raus aus Öl, Gas und Kohle! Investieren wir in nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz für unser Land!

Ulrike Lunacek (2. v. re.) mit den SpitzenkandidatInnen aus OÖ am Dachstein: Clemens Stammer, Ruperta Lichtenecker und Gabi Moser (v. l. n. r.)



DAS IST GRÜN

- für einen Mindestlohn von 1.750 Euro, damit Leben wieder leistbar wird.
- für eine Mietzinsobergrenze. Wohnen darf kein Luxus sein.
- für einen Subventionsstopp bei Öl, Gas und Kohle. Die vier Milliarden müssen in den Ausbau erneuerbarer Energien gehen – und Grüne Jobs schaffen.
- für kostenlose Kinderbetreuungsplätze ab dem 1. Geburtstag.
- für strengere Standards bei der Tierhaltung, um Tierleid zu verhindern.
- für gleichen Lohn für gleiche Leistung – Frauenberufe müssen aufgewertet werden, finanziell und auch gesellschaftlich.

Wir haben eine positive, grüne Vision für Österreich. Diese möchten wir mit euch gemeinsam umsetzen.

Unser SpitzenkandidatInnen in OÖ

→ ooe.gruene.at/kandidatinnen-nrw17

SO WEIT, SO GUT,

BAUEN WIR EINE TURNHALLE.

Aber...

Eigentlich wollten wir eine Turnhalle mit mindestens den gleichen Ausmaßen wie die bestehende Turnhalle, um sie auch für verschiedene Aktivitäten nutzen zu können. Leider haben wir von der Landesregierung nur die Finanzierungszusage für einen kleineren Turnsaal, wie er für Volksschulen vorgesehen ist. Offensichtlich hat sich unsere Gemeinde bei den Verhandlungen mit der Landesregierung mit der Minimallösung abspeisen lassen. Oder hat man sich das Thema und die vorgesehene Nutzung im Detail vorher nicht angeschaut?

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass Hartkirchen gleichzeitig die

Finanzierung für eine Volksschule und eine Neue Mittelschule (NMS) zugesagt wurde.

Ab Schulbeginn 2018 bis zur Fertigstellung der Schulgebäude in Hartkirchen wird der Schulbetrieb der NMS Hartkirchen in das Gebäude der NMS Aschach umgesiedelt. Bis dahin muss unser Turnsaal fertig und betriebsbereit sein.

Aber...

Vergaben für öffentliche Bauaufträge erfolgen nach dem Bundesvergabegesetz und je nach Wert und Art gibt es verschiedenen Varianten wie vergeben werden kann (Details siehe Kasten). Das Angebot für die Planung und Umsetzung des Turnhallenbaus, datiert mit

27.3.2017, wurde am 18.4.2017 von Frau Ing. Stogmeyer dem Gemeindevorstand vorgestellt und vorberaten.

In der Gemeinderatsitzung am 8.5.2017 wurde das Vorhaben beraten (siehe Protokoll). Ordnungshalber ist anzumerken, dass die Baustellenkoordination wie von uns festgestellt und nachträglich von Frau Ing. Stogmeyer auch bestätigt, nicht angeboten wurde und daher im Angebot und im Preis auch nicht enthalten war.

Wir hinterfragten, warum nicht auch andere Anbieter in Betracht gezogen worden waren. Dies wurde mit der Mithilfe von Frau Ing. Stogmeyer bei der Lösung eines „Alt-Problems“ (Vorprojektarbeiten für dieses Vorhaben, die finanziell noch nicht abgeschlossen waren) und der Dringlichkeit des Projektes begründet.

Wir wiesen auch darauf hin, dass das Angebot nicht komplett sei und auch nicht alle Kosten enthalte.

Trotzdem erfolgte dann die Vergabe für die Planung, Oberleitung und örtliche Bauaufsicht mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ als Direktvergabe an die Fa. STOGMEYER Bauconsulting in Scharthen.

Faktum ist, dass bis jetzt keine ausgearbeiteten Planungsunterlagen, keine Gesamtkostenaufstellung, keine detaillierte Terminplanung und auch kein Finanzierungsplan vorliegen. Und...Die Turnhalle soll vor Schulbeginn 2018, das bedeutet in 11 Monaten fertig sein?

Wir werden überprüfen, ob die Direktvergabe tatsächlich entsprechend den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes erfolgt ist und ob ein entsprechendes professionelles Projektmanagement für dieses Vorhaben durch die Gemeinde unter Berücksichtigung der Bestimmungen und Dokumentationspflicht lt. Bundesvergabegesetz gewährleistet ist.

■ **Werner Schalek, Rosa Schnell und Judith Wassermair**

Was bei Direktvergaben lt. Bundesvergabegesetz zu beachten ist, besonders auch was die Ermittlung des geschätzten Auftragswerts für Direktvergaben bis Euro 100.000.- anbelangt, nachstehend Auszüge aus dem Gesetz.

- Eine Direktvergabe ist nur zulässig, wenn der geschätzte Auftragswert 100.000 Euro nicht erreicht.
- Der geschätzte Auftragswert der auszuschreibenden Leistung ohne Umsatzsteuer ist vom Auftraggeber vor der Durchführung des Vergabeverfahrens sachkundig zu ermitteln. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Ermittlung ist der Zeitpunkt der Einleitung des Vergabeverfahrens durch den Auftraggeber.
- Grundlage für die Berechnung des geschätzten Auftragswertes eines öffentlichen Auftrages ist der Gesamtwert ohne Umsatzsteuer, der vom Auftraggeber voraussichtlich zu zahlen ist. Bei dieser Berechnung ist der geschätzte Gesamtwert aller der zum Vorhaben gehörigen Leistungen einschließlich aller Optionen und etwaiger Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.

- Die Wahl der angewandten Berechnungsmethode darf nicht den Zweck verfolgen, die Anwendung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes zu umgehen.
- Besteht ein Bauvorhaben aus mehreren Losen, für die jeweils ein besonderer Auftrag vergeben wird, so ist als geschätzter Auftragswert der geschätzte Gesamtwert aller dieser Lose anzusetzen.
- Die bei der Durchführung einer Direktvergabe gegebenenfalls eingeholten Angebote oder unverbindlichen Preisauskünfte sind entsprechend zu dokumentieren.
- Die für die Durchführung eines nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung oder eines geladenen Wettbewerbes maßgeblichen Gründe sind schriftlich festzuhalten.
- Bei einer Direktvergabe sind, sofern der Dokumentationsaufwand wirtschaftlich vertretbar ist, der Gegenstand und Wert des Auftrages, der Name des Auftragnehmers sowie die Prüfung der Preisangemessenheit schriftlich festzuhalten.

PLAKATIV

Wie es der Zufall will, steht vor der Volksschule Aschach ein ÖVP-Plakat, von dem - am Ort ihres Wirkens - Frau Renate Stogmeyer lächelt. Ihre Bauconsultingfirma hat nämlich den Auftrag für den Neubau der Schulturnhalle in einer Direktvergabe bekommen. Gegen den Widerstand der Grünen und der SPÖ ist die Vergabe ohne Ausschreibung und weitere Bieter mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen worden. Um Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick zu geben, wie solche Entscheidungen zustande kommen können, fügen wir den betreffenden Teil der Verhandlungsschrift der Gemeinderatsitzung vom 8.5.2017 an.

■ Judith Wassermair



**VERHANDLUNGS-
SCHRIFT**

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Aschach an der Donau am 08.05.2017
Neubau Schulturnhalle für die Volksschule Aschach/Donau – Planung, Oberleitung und örtliche Bauaufsicht – Beratung und Beschlussfassung.

Bericht des Vorsitzenden:

Da 2018 der Turnsaal für die Volksschule Aschach fertig gestellt sein soll, muss umgehend mit der Planung des Vorhabens begonnen werden. Es wurde daher ein Angebot von der Stogmeyer Bauconsulting GmbH betreffend Planung, Oberleitung und örtliche Bauaufsicht eingeholt. Es wurde ein Sonderabatt gewährt. Über das Angebot wurde bereits im Gemeindevorstand am 18.04.2017 vorberaten.

Beratung:

Fr. Dr. Wassermair: Die jetzt auf diese Art beabsichtigte Vergabe der Planung und Bauaufsicht der Schul-

turnhalle ist symptomatisch für den Alleingang der ÖVP-FPÖ-Koalition, des Nicht-informierens und des Dummsterbenlassens der Opposition. Vor dieser Abstimmung über den Auftrag wissen jedenfalls die SPÖ und die Grünen nicht, welchen Umfang die Turnhalle und die Nebenträume etc. haben sollen und wie sie in etwa geplant ist.

Vor zwei Jahren beauftragte der Bürgermeister den Architekten Tischler, der für den Turnsaal schon 2003 eine Kostenschätzung gemacht hatte, mit der Aktualisierung dieser Schätzung. Herr Architekt Fahrner war bei der mündlichen Auftragsvergabe dabei und machte das dann.

Für die ausufernde Planung standen nun 50.000,- Euro im Raum, ein Betrag, der natürlich nicht vom Bürgermeister hätte vergeben werden können, sondern es hätten Gremien damit befasst werden müssen. Der Bürgermeister zog wegen der Forderung Rechtsanwalt Dr. Roland Menschik und Frau Stogmeyer zu Rate. Man erreichte, dass Architekt Fahrner schlussendlich 5.000,- Euro bekommen hat. Im Zuge der Beschäftigung mit der Angelegenheit befasste sich Frau Stogmeyer mit dem vorliegenden Plan und gibt jetzt in ihrem vorliegenden Angebot praktisch die 5.000,- Euro für die Kosten Architekt Fahrner und 5000 Euro für Rechtsanwalt nun als Rabatt, also stellt uns das zur Verfügung.

Sie findet die Vorgehensweise nicht ok. Dass der Planungsvergabe-Schlamassel tunlichst monatelang verschwiegen worden ist und jetzt so bereinigt werden soll, ist für sie einfach mehr als fragwürdig. Sie hat heute mehrmals

versucht, Auskunft zu bekommen, wie so eine Direktvergabe vor sich zu gehen hat. Sie hat beim Land und beim Gemeindebund angerufen, konnte aber keine konkrete Auskunft bekommen, ob das in der Form zulässig ist oder nicht.

Wenn das Ganze wie ein normaler Auftrag abläuft, dann hätten sie jetzt drei Angebote von Architekten oder Bauameistern vor sich liegen, hätten einen Kostenvergleich und wüssten ungefähr, wie das Ganze ausschauen soll.

Vorsitzender: Warum die Fr. Stogmeyer, die € 10.000,- auf ihre Kappe nimmt, hat ganz einen anderen Grund. Hr. Fahrner hat mit seiner Methode schon viele finanziell erleichtert. Sie wollte vor der Architektenkammer aufzeigen, dass dies nicht rechtens ist.

Man hatte die Möglichkeiten, dass es gerichtlich relativ schnell gelöst wird, damit man weiß wie man weiter vorgeht oder man hätte es verschleppen können und die Hilfe nicht in Anspruch nehmen und womöglich in zwei Jahren noch immer den Streit vor Gericht ausfechten.

Fr. Dr. Wassermair: Sie bezweifelt trotzdem, dass man einen Auftrag in der Größenordnung so vergeben kann.

AL Rathmayr: Laut Auskunft des Gemeindebundes ist eine Direktvergabe unter € 100.000,- so möglich.

Hr. Ing. Schalek: Vorausgesetzt es wurde alles dokumentiert. Es müsste über die Verhandlungen ein Protokoll vorliegen und das Angebot müsste geprüft worden sein.

Hr. Jäger: Ihm kommt komisch vor, dass man nicht mehr Planungsfirmen miteinbezogen hat und er glaubt nicht, dass dies die richtige Vorgehensweise ist.

Weiß man schon wie groß der Turnsaal wird?

Vorsitzender: Er wird geplant für die Volksschule.

Hr. Ing. Schalek: Er möchte hinweisen, dass das Angebot nicht komplett ist, da die Baustellenkoordination fehlt. Diese Koordination hat eine sehr wichtige Funktion.

Hr. Paschinger: Dies wurde bei den vorangegangenen Gesprächen, alles abgeklärt und es folgen auch noch weitere Gespräche.

Fr. Dr. Wassermair: Es würde eine Dokumentationspflicht geben, bei Vergaben außerhalb des öffentlichen Rahmens. Es müsste ein Protokoll vorliegen. Ihrer Meinung nach liegt kein Protokoll vor.

Abstimmung:

Antrag Fr. Dr. Wassermair:

In Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit stellt sie folgenden Antrag:

Die gegenständliche Auftragsvergabe wird vertagt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zwei weitere Vergleichsangebote einzuholen.

Zur weiteren Beratung wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Vorsitzender: Er verlässt sich auf die Auskunft von Fr. AL Rathmayr, die sich darüber genau erkundigt hat und man kann bis € 100.000,- vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grün Fraktion stimmt für diesen Antrag.

Die gesamte SPÖ und Hr. Straßl Christian enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Auftrag zur Planung des Schulturnsaales möge an die Fa. Stogmeyer Bauconsulting vergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grün Fraktion stimmt gegen den Antrag.

Hr. Jäger, Hr. Ing. Peter, Hr. Ing. Lucan und Hr. Groiss enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen für diesen Antrag.



Statt der bestehenden Turnhalle mit 20m x 12m gibt es vom Land OÖ nur eine Finanzierungszusage für eine kleinere Norm-Volksschul-Turnhalle mit 18m x 10m.



HOCHWASSER- MAUER

Aschach ist einer der wenigen Orte in Österreich, die direkt und unmittelbar an der Donau liegen. Und 2013 wurde uns allen wieder einmal schmerzhaft bewusst, was das bedeuten kann. Ja, es heißt Aschach an der Donau und ungefähr alle 10 Jahre macht uns dieser Fluss klar, dass er nicht immer nur in seinen bebauten Ufern entlang rinnen kann, sondern bei Bedarf und starken Niederschlägen hin und wieder auch den Raum beansprucht, den wir seit Jahrtausenden besiedeln.

Aber kommen wir zu den Fakten. In Aschach wohnen ca. 2000 Menschen. Von einem möglichen Hochwasser bedroht sind (vom Jumbo beginnend, inkl. Feuerwehr und Kirche) ungefähr 50 Objekte. Um diese Objekte dauerhaft von einem donauseitigen Hochwasser zu schützen, müssten vom Bauhof bis zum Schopperplatz Mauern gebaut werden. Diese Mauer wäre dann immer präsent, Sommer wie Winter, ob heiß oder kalt, ob viel Wasser oder wenig. Jetzt vorliegenden Plänen kann man

entnehmen, dass in etwa vom Einfalt bis Höhe Schiffergasse der Hochwasserschutz im Wesentlichen mit Elementen erfolgt, die im Bedarfsfall auf niedrige Mauern gesetzt werden. Zur Abdichtung der vielen Maueröffnungen (zirka 30) würden sehr viele unterschiedliche Sonderelemente zum Einsatz kommen. Das Problem mit diesen Elementen ist, dass sie nur an ganz bestimmten Stellen passen. Zusätzlich werden Pumpen benötigt, die durch Fachpersonal gewartet werden müssen.

Wir haben schon gehört, dass sich hier folgende Fragen stellen:

- Anschaffungskosten
- Wartungskosten
- Wartungsaufwand
- Lagerungskosten
- laufende sonstige Kosten
- tatsächliche Einsatzbereitschaft, unter Mithilfe der Aschacher Feuerwehr
- Wie schnell geht das Aufstellen?

Niedrigere Mauern bedeuten nach heutigem Stand höhere Kosten, da

der mobile Anteil der Mauer höher wird und damit die Gesamtkosten steigen. Auf Basis unserer derzeitigen Finanzplanung können wir uns den vorgeschlagenen Hochwasserschutz inklusive Folgekosten nicht leisten.

Nachdem sich die Aschacher Grünen zu einer Art Erstanlaufstelle bei Krisenfragen für viele Einwohner/innen entwickelt haben, hier ein paar Auszüge aus Gesprächen, die wir mit Anrainerrinnen und Anrainern führen konnten.

„Wenn diese Mauer gebaut wird, verkaufen wir das Haus und ziehen weg.“

„Für uns ist das eine grundlegende Entscheidung nach dem letzten Hochwasser. Wenn Aschach nicht geschützt wird, müssen wir wohl das Haus verkaufen.“

„Soll sie das ruhig bauen, ich kann dagegen eh nichts machen.“

„Also ich bin da ganz strikt dagegen. Aschach war immer von Hochwässern betroffen. Eine Mauer wird daran nichts ändern.“

„So eine Mauer ist ein eindeutiger Faktor für die Verminderung meines

ASCHACH

Grundbesitzes. Wer entschädigt mich dafür?“

„Das letzte Hochwasser hat zahlreiche Häuser dauerhaft beschädigt. So etwas will ich nicht nochmal durchmachen.“

„Warum muss ganz Aschach zahlen, nur damit eine Handvoll Anrainer geschützt wird?“

„Wie sollen wir das unseren neuen Mietern erklären?“

Bis dato wurde noch von niemandem eine konkrete Erhebung bezüglich der Anrainer/innen durchgeführt. Wenn man jedoch mit den Menschen spricht, so hat man derzeit das Gefühl, dass es eine eindeutige Mehrheit GEGEN den Bau gibt, der einen derartig massiven Eingriff in unser Ortsbild darstellt.

Das Gute sei ebenfalls hervorgehoben. Es gab bereits zwei Versammlungen, allerdings nur für direkte Anrainer/innen. (Wir denken, ein Bauvorhaben in dieser Größe interessiert eigentlich alle Aschacherinnen und Aschacher.) Die derzeitige Situation zeigt allerdings, dass es natürlich immer viel mehr Fragen gibt, als mancher Beamte für möglich hält.

- Wie lang ist die Dauer des Bauvorhabens?
- Gibt es mögliche Beschädigungen unseres historischen Ortsbildes?

- Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten des Hochwasserschutzes?
- Was sagen die ortsansässigen betroffenen Betriebe?
- Was sagen die betroffenen Vermieter?
- Was passiert eigentlich während der Bauphase mit den Gastgärten?
- Wie werden die Gastgärten in das Projekt integriert?

Eine konkrete Möglichkeit, die wir vorschlagen, wäre der Austausch mit Gemeinden, die diesen Schritt Richtung „Hochwasserschutz“ bereits vollzogen haben.

Beispiele dafür liefern Grein und Spitz in der Wachau, aber z.B. auch Alturfahr in Linz.

- Was sind die hauptsächlichen Vor- und Nachteile aus deren Sicht?
- Würden sie das Ganze wieder machen?

Informationsfluss und Gesprächsbereitschaft mit den Bewohnern und Bewohnerinnen sind ein wichtiger Faktor für ein funktionierendes Miteinander. Es würde uns Einwohnern guttun, wenn wir uns von Zeit zu Zeit in öffentlichen Foren mit unseren Mitbewohnern und der Gemeinde austauschen könnten. Vor allem bei so wichtigen Projekten wie dem Hochwasserschutz.

Zum Abschluss möchten wir zumindest noch ein Gespenst aus dem Weg räumen. Nach Recherche bei der öö. Landesregierung gibt es zurzeit keine Aussetzung des Katastrophenfonds, wenn sich Aschach gegen den Hochwasserschutz entscheidet. Dies war ein Gerücht, das in der Hitze des Gefechts entstand, aber unbegründet ist.

■ Erhard Wimmer

SO LANG WIE DER MARKT ASCHACH

Der alte Ausspruch zeigt, dass die Länge des Marktes Aschach schon immer beeindruckend war. Und genau diese Länge (vom Bauhof bis zum Schopperplatz) würde im Hochwasserfall zu sichern sein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist das aber mit der Vielzahl von mobilen Elementen logistisch nicht zu bewältigen. Mit dem Bau der Mauer – ein gewaltiger Fremdkörper, der Aschach von der Donau abschneidet – sind enorme Folgekosten verbunden. Darüber hinaus lässt sich nicht vorhersagen, ob die Mauer bei Starkregen nicht zum Rückhaltesystem für das Regenwasser wird und dadurch Ortsteile geflutet werden.

■ Judith Wassermair

GEMEINDEVERBAND

WIRTSCHAFTSHOF ASCHACHTAL

„**G**ut Ding braucht Weile“ trifft für den Gemeindeverband Wirtschaftshof Aschachtal wohl nur bei der Zeitangabe zu. Eher angebracht ist vielleicht: „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Oder doch?!

So ein Projekt beginnt man nicht mit dem Grundkauf und der Diskussion um eine Aufwandsentschädigung, sondern mit der Überlegung, was die optimale und effizienteste Lösung sein kann. Die Grundlage für die Überlegungen ist die Ist-Aufnahme der Standorte mit Personal- und Gerätestunden nach Tätigkeit (in Aschach durch die Amtsleitung bereits erfolgt), Bewertung der Infrastruktur mit Verkehrswert (Gebäude, Lagerplatz, etc.) und Bewertung der Geräte mit Verkehrswert sowie die

Festlegung, welche Geräte eingebracht werden.

Für die weiteren Überlegungen sollte sichergestellt werden, dass auf Basis der Strukturen eine Optimierung der Kosten und Kapazitäten erzielt werden kann.

In der Privatwirtschaft werden Serviceorganisationen zwar zentral gemanagt und koordiniert, nur der operative Teil ist dezentral bei den Bedarfsträgern angesiedelt. Es macht wenig Sinn, Personal und Geräte auf einen Standort zu konzentrieren, wenn dadurch nicht nur mehr Wegzeiten anfallen und damit die Servicekapazität reduziert wird, sondern auch die rasche Verfügbarkeit in Sonderfällen nicht gegeben ist. Die dezentrale Steuerung der Servicegruppen ist auf Basis der Kommunikations-

möglichkeiten auch kein Problem. Und speziell, wenn es vorhandene Infrastrukturen gibt, kann man die nutzen und braucht keine aufwendigen Investitionen wie bei einer zentralen Struktur. Und Investitionen schlagen sich in der Zukunft in den Kosten nieder!

Nachdem der Wirtschaftshof sicher bereits auf Basis VRV 2015 budgetieren und abrechnen wird, sind die Abschreibungen auf die Geräte und Personalstunden entsprechend umzulegen und erhöhen dadurch die Kosten in der Verrechnung.

Wir werden dieses Projekt beobachten und über die Entwicklung wieder berichten.

■ **Werner Schalek**



KONTAKT

DIE GRÜNEN ASCHACH/D.
Grünauerstr. 10, 4082 Aschach
Tel.: 07273/89 77
Mail: gruene@aschach.at
Web: www.gruene.aschach.at



Auf den Punkt gebracht: „Aschach an den Dosen“

DAS NEUPLANUNGSGEBIET MIT BEBAUUNGSPLAN RUPRECHTING UND WAS JETZT?



Einer unserer Grundsätze ist, dass Vorhaben der Gemeinde nur realisiert werden können, wenn sie rechtzeitig und transparent an alle Betroffenen kommuniziert und von diesen auch akzeptiert und mitgetragen werden.

Nachdem das von den zuständigen Vertretern der Gemeinde nicht erfolgt ist, haben wir 2016 im Gemeinderat eine entsprechende Anfrage im Zusammenhang mit der geplanten Erschließung von der Ziegeleistrasse zum Hohlweg und den Ausbauplänen im nördlichen Bereich des Hohlwegs (20 – 24 Häuser) an den Bürgermeister gestellt.

Wir haben darüber bereits in unserer Zeitung (Dezember 2016) ausführlich berichtet. Unsere Argumente wurden negiert, das Neuplanungsgebiet ohne Zustimmung der betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ beschlossen.

Nur so funktioniert das in einer Demokratie nicht!

Die Betroffenen haben entsprechend reagiert und als „Interessensgemeinschaft Ruprechtling“ (vertreten durch Frau Franziska Pichler) den Bürgermeister mit Schreiben vom 11. April 2017 informiert, dass man gegen die geplante Erschließung von der Ziegeleistrasse zum Hohlweg sei und dafür Frau Pichler auch keinen Grund abtreten werde. In einem darauffolgenden Gespräch mit dem Bürgermeister wurden Einwände und Begründungen für die Ablehnung nochmals diskutiert und vor allem auf die nicht erfolgte bzw. mangelhafte Kommunikation mit den Betroffenen hingewiesen.

Und so funktioniert es in einer Demokratie!

Es wurde mit dem Bürgermeister eine Informationsveranstaltung mit der Interessensgemeinschaft Ruprechtling vereinbart, die am 7. Juli durchgeführt wurde. Ziel war es, alle Betroffenen auf den letzten Stand zu bringen und auch allfällige Fragen und Kommentare zum geplanten Vorhaben zu diskutieren.

Die für uns alle neue Information war, dass die in der ersten Überlegung 2016 geplante Siedlung mit bis zu 24 Häusern nicht mehr relevant ist, sondern – vorausgesetzt die Landesregierung stimmt zu – nur maximal 4 – 7 Häuser geplant werden können. Über eine Entscheidung ist uns noch nichts bekannt.

Es gibt auch noch keinerlei Berechnungen für die erheblichen Erschließungskosten für den nördlichen Bereich, die von den zukünftigen Hauseigentümern zu tragen sind.

Wir bedanken uns bei Bürgermeister Knierzinger für die Teilnahme an der Informationsveranstaltung und für die Möglichkeit der offenen Diskussion. Die Bevölkerung hat nun einige Informationen, die für ihre Entscheidungen relevant sein können. Es wäre sinnvoll, die Bevölkerung zukünftig bei so einschneidenden Vorhaben schon im Vorfeld zu informieren und einzubinden.

■ **Werner Schalek**

UNSER GEMEINDEVERMÖGEN – SIND WIR REICH?



Investitionen sind Teil des Vermögens und werden unter Berücksichtigung der Abschreibung im Rechnungsabschluss dazu verwendet, um nach Abzug der Schulden ein Nettovermögen auszuweisen.

Nachdem wir im bestehenden System keine Gesamt-Vermögensrechnung haben, sondern im Prinzip nur eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung, spielte es daher auch keine große Rolle, ob das Vermögen richtig oder falsch bewertet ist. Solange man davon ausgehen konnte, dass noch Familiensilber für den Notfall da ist, gab es keinen

Grund, sich um die Bewertung des Vermögens Gedanken zu machen. So ist es offensichtlich auch in Aschach in der Silvesternacht beim Rechnungsabschluss 2016 zu einer wundersamen Vermögensvermehrung gekommen:

Das Nettovermögen laut Rechnungsabschluss 2015 zum **31.12.2015** war **€ 7.983.544,40** und wurde im Rechnungsabschluss 2016 einen Tag später mit einem neuen Nettovermögen von **€ 20.836.089,99** d.h. fast **€13 Mio.** mehr ohne echte Begründung ausgewiesen. Der Prüfbericht sagte zu dieser Vermehrung ebenfalls nichts aus, am

Schluss war das Computer-Programm schuld.

Wir haben daher in der Gemeinderatssitzung am 20.3.2017 den Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2015 sowie den Rechnungsabschluss 2016 entsprechend kommentiert und abgelehnt.

Ab 1.1.2020 gilt für uns eine neue Vorschlags- und Rechnungsabschlussverordnung - VRV 2015.

Die wesentlichste Neuerung für die Gemeinden besteht in der Darstellung von Vermögen und Schulden, Ertragskraft und Finanzmitteln, welche der Bilanz eines privatwirtschaftlichen

Unternehmens gleichkommt.

Die realistische Bewertung des Gemeindevermögens wird wichtig, denn je höher es ist, umso höher müssen Rücklagen für Investitionen zum Erhalt des Vermögens sein.

Die Vorgabe für die Gemeinden wird sein, einen Mindest-Jahresüberschuss in der Höhe der Abschreibungen zu erzielen.

Die Umstellung ist und wird eine Herausforderung für die involvierten Mitarbeiter/innen und Entscheidungsträger/innen der Gemeinde. Erfahrungsgemäß dauert der Prozess einer Umstellung ca. 2-3 Jahre. Wir werden über den Fortschritt berichten.

■ Werner Schalek und Rosa Schnell



DIE GRÜNEN
GRUENE.AT

**JEDES KIND
IST SEHR GUT.
DAS IST GRÜN.
JA ZUR GRÜNEN SCHULE.**

NATIONALRATSWAHL

Wahlkreisliste Hausruckviertel

1. Johannes Wassermair
2. Claudia Hauschildt-Buschberger
3. Walter Teubl
4. Stefanie Rumersdorfer
5. Georg Hötzmanseder
6. Petra Wimmer
7. Ralph Schallmeiner
8. Monika Czamlar
9. Stefan Hindinger
10. Katrin Hörmandinger-Kroath
11. Willfried Kraft
12. Barbara Pflüglmayer
13. Martin Schönmayr
14. Sonja Pickhardt-Kröpfel
15. Alois Schmidt
16. Gexi Tostmann



Ortsbild – kein Ensembleschutz in der 2. Reihe

MUSIK ALS

VEREINENDES GESCHENK

Musikarium ist ein künstlerisch-pädagogisches Projekt, das auf der Reise quer durch Südamerika von

Andrea Hufnagl aus Österreich

Musik- und Tanzpädagogin,
Yogalehrerin
und

Pablo Bertone aus Argentinien

Musikpädagoge, Clown, Musiker und
Klangtherapeut
ins Leben gerufen wurde.

Getragen von der Idee, den Geist der Musik und des Rhythmus in den Menschen zu erwecken, die Freude am gemeinsamen Musizieren zu teilen und kulturübergreifende Kommunikation durch Musik zu fördern.

Ein Musiktheater zum Lachen und Staunen

Kommt mit auf Reisen und lasst Euch auf ein bunt gemischtes musikalisches Abenteuer entführen. Gemeinsam wollen wir auf vergnügliche Weise die verschiedenen Kontinente und deren Musik entdecken. Es erwarten Euch sonderbare Instrumente, exotische Klänge, Melodien aus dem Orient, kuriose Klang-Landschaften aus dem Dschungel, belebende Rhythmen aus Afrika und viele weitere Überraschungen! Dabei begleitet Euch ein magisches, neues Instrument – das Hang – durch die klangvolle Geschichte. Am Ende werden die einzelnen Instrumente und deren Herkunft vorgestellt: Instrumente können ausprobiert werden und zusammen lassen wir die Rhythmen und Melodien der verschiedenen Kontinente erklingen.

Ein außergewöhnliches Erlebnis für die ganze Familie, mit Musik, Akrobatik, Clownerie, Tanz, und Vielem mehr. Ein ganz besonders lustiges, dynamisches und bezauberndes Stück, das von An-



fang bis Ende spannend bleibt. „Wir laden Euch ein uns mit allen Sinnen auf eine lustige Entdeckungsreise zu begleiten, mehr über verschiedene Kulturen der Erde zu erfahren und dabei viel zu lachen.“

„Die Musik ist die gemeinsame Sprache aller Nationen dieser Erde.“

KHALIL GIBRAN

„In meiner 40 jährigen Tätigkeit als Pädagogin habe ich noch nie so etwas Tolles gesehen! Sowohl die Kinder als auch unser Team hatten viel Spaß und sind begeistert. Besucht uns bald wieder.“

Kindergarten Regenbogen Köflach

„Ich möchte mich im Namen des Teams nochmals bedanken, es war eine wunderschöne Vorführung. Der selbstver-

ständige Umgang mit den Kindern und vor allem mit unseren Integrationskindern hat uns sehr überzeugt! Ihr habt ein tolles und spannendes Programm.“

Kindergarten der Lebenshilfe Salzburg

„Euer Theater war das Tollste, das wir bisher gesehen haben und auch eines, wovon die Kinder immer noch sprechen.“

Hermann-Gmeiner- Kindergarten Seekirchen am Wallersee

IMPRESSUM

Grundlegende Richtung: Information der Grünen über das Gemeindegeschehen in Aschach/Donau M., H., V.: Die Grünen Aschach/D., Grünauerstraße 10, 4082 Aschach/D.; Für den Inhalt verantwortlich: Dr.ⁱⁿ Judith Wassermair, Werner Schalek
Auflage: 1200 Stück; **Gedruckt** auf 100% chlorfrei gebleichtem Papier! **Layout:** gplus.at

MUSIKTHEATER: REISE MUSIKLARIUM

SA, 7. OKT. 2017 / 15:00

PFARRZENTRUM
ASCHACH/DONAU

MUSIKTHEATER FÜR
DIE GANZE FAMILIE



AB 3 JAHREN /
DAUER: 50 MINUTEN
WWW.MUSIKLARIUM.COM
EINTRITT FREI

GRUENE-ASCHACH.AT

DIE GRÜNEN
ASCHACH/DONAU